

Antrag

der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Klaus Barthel, Wolfgang Behrendt, Hans-Werner Bertl, Friedhelm Julius Beucher, Tilo Braune, Dr. Michael Bürsch, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Peter Enders, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Angelika Graf (Rosenheim), Dieter Grasedieck, Dr. Liesel Hartenstein, Stephan Hilsberg, Renate Jäger, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Klaus Lennartz, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Siegmur Mosdorf, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Doris Odendahl, Georg Pfannenstein, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Berg), Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Adelheid Tröscher, Reinhard Weis (Stendal), Berthold Wittich, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Simone Probst, Dr. Manuel Kiper, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Matthias Berninger, Antje Hermenau, Michael Hustedt, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Jürgen Rochlitz, Halo Saibold, Ursula Schönberger, Joseph Fischer (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Programm zur Förderung nichtstaatlicher Forschungsinstitute in der interdisziplinären Umweltforschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Umwelt und Ökologie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker in der bestehenden Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland etabliert. Dabei standen zunächst die Analyse des Zustandes der Umwelt unter naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten und die Entwicklung von technischen Problemlösungen gegen Umweltverschmutzung im Vordergrund. Diese Forschung war und ist mit den existierenden Strukturen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen gut zu bewältigen. In vielen Bereichen ist Deutschland hier international führend.

Seit der Konferenz von Rio 1992 ist jedoch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung – d. h. eine Wirtschafts- und Lebensweise, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält – stärker in den Vordergrund gerückt. Für die Konkretisierung dieses Leitbilds muß die Forschung einen wichtigen Beitrag leisten.

Die herkömmliche Umweltforschung mit ihrem Ansatz der naturwissenschaftlich-technischen Bearbeitung von wissenschaftlichen Einzelaspekten ist jedoch nur unzureichend in der Lage, dieser neuen Herausforderung gerecht zu werden. Dies hat auch der Deutsche Bundestag im Beschluß „Forschungspolitik für eine zukunftsverträgliche Gestaltung der Industriegesellschaft“ (Drucksache 13/6855) einstimmig festgestellt. Für Fortschritte in Richtung nachhaltiger Entwicklung ist die Integration und Vernetzung von sozialen und ökologischen, ökonomischen und technischen Innovationen notwendig.

Die nach wie vor disziplinär geprägte Organisation der Hochschulen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der meisten außeruniversitären Forschungszentren erweist sich im Alltag als hartnäckiges Hemmnis für die disziplinübergreifende Bearbeitung von Problemstellungen der Umweltforschung. Interdisziplinäre Projektvorschläge scheitern bei der Begutachtung. Forscherinnen und Forscher, die bei ihrer Arbeit die Fächerschränken überwinden wollen, stoßen oft auf Unverständnis und Desinteresse. Um diese institutionellen Hindernisse aufzuweichen und allmählich abzubauen, ist es notwendig, neue, dem interdisziplinären Arbeiten besser angepaßte Strukturen im Forschungssystem zu verankern.

Die Konzentration auf naturwissenschaftlich-technische Forschungsansätze vernachlässigt die Tatsache, daß Problemlösungen immer mit menschlichem Handeln verbunden sind und daher Aspekte aus den Sozial- und Kulturwissenschaften ein integraler Bestandteil sein müssen. Der Wissenschaftsrat hat in einer Analyse der etablierten Umweltforschungslandschaft festgestellt, daß selbst eine „hervorragende Ausstattung mit Investitionsmitteln und Personal nicht in jedem Fall zu überzeugenden Leistungen in der Forschung geführt“ hat. Als Ursache benennt der Wissenschaftsrat die mangelnde Flexibilität der Einrichtungen. Offenheit für Anregungen und Problemstellungen von außen ist in der etablierten Forschungslandschaft keine Selbstverständlichkeit.

Die Umweltforschungslandschaft ist in den letzten Jahren vom Wissenschaftsrat (1994) und vom Wissenschaftlichen Beirat für Globale Umweltveränderung (1996) nochmals ausführlich analysiert worden. Beide Gremien sind zu ähnlichen Ergebnissen gekommen: Trotz hoher wissenschaftlicher Qualität auf vielen Fachgebieten bestehen gravierende Schwächen bei der Einbindung der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften in die interdisziplinäre Zusammenarbeit und bei der Entwicklung von Problemlösungen. Als strukturbildende Maßnahme wird eine zeitlich befristete staatliche Förderung kleiner, interdisziplinär arbeitender Institute empfohlen.

Seit Ende der 70er Jahre haben sich als Reaktion auf die unbefriedigende Situation in der etablierten Umweltforschung eine

Reihe nichtstaatlicher, interdisziplinär arbeitender Umweltforschungsinstitute gegründet, die die defizitären Gebiete kompetent bearbeiten. Diese Institute sind Vorreiter bei der Entwicklung von Prototypen für fächerübergreifende, problemorientierte Projektfor- schung und haben eine wichtige Impulsgeberfunktion für die etablierten Sektoren der Umweltforschung. Die unabhängigen In- stitute leisten einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsförderung und Ausbildungsarbeit für jüngere Wissenschaftlerinnen und Wis- senschaftler. Durch ihre flexiblen Strukturen und ihre ausgepräg- te Kooperationsfähigkeit sind sie in der Lage, nichtwissenschaftli- che Akteure in den Forschungsprozeß einzubeziehen.

Im Gegensatz zu Universitäten oder Großforschungseinrichtungen finanzieren sich diese Institute fast vollständig über kurz- und mit- telfristige Projekte und stehen damit auf einer ungesicherten fi- nanziellen Basis. Deshalb hat auch die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ empfohlen zu überprü- fen, in welcher geeigneten Form unabhängige ökologische For- schungsinstitute in ihrer Existenz abgesichert werden können, ohne daß deren Flexibilität und Unabhängigkeit verloren gehen.

Diese unabhängigen Umweltforschungsinstitute sollen in einem neuen Programm „Förderung von Forschungsinstituten in der in- terdisziplinären Umweltforschung“ durch eine befristete Sockel- finanzierung gestärkt werden. Ziel des Programms soll sein, Struk- turen zu stützen, die

- zur Konkretisierung und Umsetzung des Leitbildes der nach- haltigen Entwicklung beitragen,
- Akteure aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in die Problem- identifizierung und Lösungsentwicklung einbinden,
- Umweltprobleme lösungsorientiert bearbeiten,
- durch die Verknüpfung der Natur-, Ingenieur- und Rechtswis- senschaften mit dem Know-how aus Sozial- und Kulturwis- senschaften die Umweltforschung um neue methodische An- sätze bereichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Programm „Förderung von Forschungsinstituten in der in- terdisziplinären Umweltforschung“ des Bundesministeriums für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) einzu- richten, mit folgenden Eckpunkten:

1. Adressaten des Programms sind kleine, außeruniversitäre In- stitute, die die traditionelle Umweltforschung (d. h. Umweltzu- standsbeschreibung, Veränderungsanalyse, Entwicklung von Problemlösungen) um gesellschaftsbezogene und umset- zungsorientierte Ansätze ergänzen.
2. Das Förderprogramm soll den Instituten einen Spielraum er- möglichen
 - für die strategische Entwicklung neuer methodischer An- sätze,

- für Vorlaufforschung und die langfristige Entwicklung neuer Forschungsthemen,
- für die zeitlich aufwendige Koordination zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften,
- für die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer,
- für die Qualifizierung und Ausbildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern,
- für die Arbeit in nationalen und internationalen Netzwerken.

Das Förderprogramm soll kleinen Umweltforschungsinstituten Freiräume eröffnen, in denen interdisziplinäre Methoden systematisch weiterentwickelt werden, und zu Anstößen für Wissenschaft und Gesellschaft führen.

3. Die Institute werden zeitlich befristet gefördert. Der Förderzeitraum beträgt zunächst fünf Jahre. Die Sockelfinanzierung soll in der Regel 25 % ihres Jahresetats der letzten drei Jahre entsprechen. Nach zwei Dritteln des Zeitraums wird neu entschieden, welche Institute in der Förderung verbleiben, welche ausscheiden und welche neu in das Programm aufgenommen werden. Die Befristung der Förderung schafft die notwendige Flexibilität, um neu entstehende Forschungsrichtungen und -ansätze in das Programm integrieren zu können.
4. Die inhaltlichen Auswahlkriterien für die Aufnahme in das Förderprogramm sind
 - die Begutachtungskriterien des Wissenschaftsrates, die im Rahmen der Evaluation der Umweltforschung angelegt wurden,
 - die Vorlage eines Forschungsplanes, in dem die Forschungsstrategie für die neu zu erschließenden Themenfelder für den Förderzeitraum dargelegt wird.

Dazu kommen formale Kriterien: Die Institute müssen seit längerem nachweislich wissenschaftlich anerkannte interdisziplinäre Umweltforschung betrieben haben. Sie dürfen eine bestimmte Größe nicht überschreiten (höchstens 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. 15 Mio. DM Jahresetat), müssen unabhängig und selbständig arbeiten (keine An-Institute von Universitäten, keine öffentlichen Einrichtungen) und gemeinnützig sein.

5. Über die Aufnahme in das Förderprogramm entscheidet eine Kommission, in der neben der Administration auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Umweltverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter und Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten sind. Auf diese Weise kann das Ziel, in der Umweltforschung zu einer stärkeren Einbindung der Akteure in die Problemidentifizierung und Lösungsentwicklung zu kommen, auch in die Ebene der Programmorganisation integriert werden.

6. Die Finanzmittel für das Programm belaufen sich für den ersten Fünfjahreszeitraum auf bis zu 15 Mio. DM jährlich.

Bonn, den 1. April 1998

Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Klaus Barthel
Wolfgang Behrendt
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Tilo Braune
Dr. Michael Bürsch
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Peter Enders
Lothar Fischer (Homburg)
Arne Fuhrmann
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Dr. Liesel Hartenstein
Stephan Hilsberg
Renate Jäger
Volker Jung (Düsseldorf)
Susanne Kastner
Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Klaus Lennartz
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Doris Odendahl
Georg Pfannenstein
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz

Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Heinz Schmitt (Berg)
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann
(Delitzsch)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Bodo Seidenthal
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Adelheid Tröscher
Reinhard Weis (Stendal)
Berthold Wittich
Dr. Wolfgang Wodarg
Rudolf Scharping und Fraktion

Simone Probst
Dr. Manuel Kiper
Elisabeth Altmann
(Pommelsbrunn)
Matthias Berninger
Antje Hermenau
Michaele Hustedt
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Jürgen Rochlitz
Halo Saibold
Ursula Schönberger
Joseph Fischer (Frankfurt),
Kerstin Müller (Köln) und
Fraktion

